

PRESSEERKLÄRUNG

Friedrich-Schiller-Universität Jena

STURA

JENA, DEN 16. NOVEMBER 2015

Studierenden droht Beitragserhöhung um mehr als 25 Prozent

Landesregierung muss Studierendenwerksfinanzierung sicherstellen

Am vergangenen Freitag hat der Verwaltungsrat des Studierendenwerks Thüringen über den Wirtschaftsplan für das Jahr 2016 beraten. Dabei hat sich gezeigt, dass durch Personalkostensteigerungen die aktuelle Mischfinanzierung von Studierendenbeiträgen und Landeszuschuss für die notwendigen Aufgaben des Studierendenwerks bei weitem nicht ausreichend ist. Für das Jahr 2016 ergibt sich bei gleichbleibenden Leistungen so ein Defizit von über eine Millionen Euro, der ohne Erhöhung des Landeszuschusses nur durch eine Erhöhung des Semesterbeitrags um 15 Euro gedeckt werden kann.

Der Finanzausschuss des Landes Thüringen ist für das Studierendenwerk landesseitig festgelegt und wird im Haushalt 2016 nicht angepasst. Während steigende Personalkosten bei den Hochschulen richtigerweise mit 3 Prozent Budgetsteigerung berücksichtigt werden, scheint das Land beim Studierendenwerk die Personalkostensteigerung durch eine erzwungene Beitragssteigerung für die Studierenden kompensieren zu wollen. Das erklärte Ziel der Landesregierung, Studierende nicht noch weiter finanziell zu belasten, wird damit konterkariert. „Das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Vorhaben den Landeszuschuss für das Studierendenwerk der allgemeinen Kostenentwicklung anzupassen würde so schon 2016 nicht eingehalten“, erklärt Malte Pannemann, Referent für Hochschulpolitik des Studierendenrates der FSU Jena. „Hochschule ist mehr als nur Lehrveranstaltungen. Durch günstige Mensaeissen, Kinderbetreuung und wichtige Beratungsangebote übernimmt das Studierendenwerk eine essentielle Aufgabe im sozialen Bereich.“

Durch die Vernachlässigung des Studierendenwerks im Landeshaushalt könnte das Studierendenwerk ohne eine Beitragserhöhung oder Einnahmesteigerung etwa über die Essenspreise sein für die Studierenden wichtigen Angebote nicht aufrechterhalten. So verschlechtern sich aus Sicht der Studierendenvertretung die Studienbedingungen, anstatt sich wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben zu verbessern. „Langfristig hätte vor allem die Einschränkung der Beratungsangebote eine steigende Zahl an Studienabbrechenden zur Folge“, erklärt Johannes Struzek, Mitarbeiter im Referat für Hochschulpolitik. Insgesamt wird die rot-rot-grüne Landesregierung so den Erwartungen der Studierenden nicht gerecht. „Indirekt steigert so das Land seine Einnahmen über die Semesterbeiträge und führt quasi Studiengebühren ein“, kritisiert der Student und ergänzt: „Solche pro-Kopf-Abgaben sind per se ungerecht. Wenn Einnahmen gesteigert werden sollen, muss das entsprechend dem Einkommen, also

Studierendenrat

Referat für Hochschulpolitik

Malte Pannemann

Franziska Pich

Telefon:

03641 - 930 994

Telefax:

03641 - 930 992

E-Mail:

hochschulpolitik@stura.uni-jena.de

Adresse:

Carl-Zeiss-Straße 3

D-07737 Jena

**Für Rückfragen, Bilder
und weitere
Informationen stehen wir
gern zur Verfügung!**



seit 1558

über Steuern, geschehen.“

Dass beim Studierendenwerk über eine Millionen Euro fehlen, ist dem zuständigen SPD-Minister Wolfgang Tiefensee bekannt. Nach Aussagen des Ministers läge es bisher am Finanzministerium, dass eine Zuschusssteigerung nicht im Landeshaushalt 2016 vorgesehen ist. Für die Studierenden an den Thüringer Hochschulen sowie der Staatlichen Studienakademie Thüringen bedeutet dies eine Beitragserhöhung von 15 Euro je Semester.